

Vollzeitschulische Bildungsgänge an berufsbildenden Schulen als Teil einer „Strategie der Fachkräftesicherung“

Folgt man aktuellen Forschungsbefunden des Instituts für Arbeit und Qualifikation ([IAQ-Report 2016-02](#)), so erweist sich für viele Schüler/innen der Besuch eines mit einem Erwerb eines allgemeinbildenden Schulabschlusses verknüpften vollzeitschulischen Bildungsganges an einer berufsbildenden Schule als vorteilhaft. Die Schüler/innen wählen diese Bildungsgänge weder als „Warteschleifen“ noch mit dem Ziel einer direkten Verwertung auf dem Arbeitsmarkt, sondern als Baustein ihrer Bildungs- und Berufslaufbahn.

Zur Hochschulzugangsberechtigung (FHR und AHR) führende Bildungsgänge an berufsbildenden Schulen stellen frühere Schullaufbahnentscheidungen korrigierende alternative Wege zur Hochschulreife dar. Bildungsgänge, die zur Fachhochschulreife führen - wie die „Höhere Handelsschule“ - werden oft als gezielte Vorbereitung für eine duale Ausbildung gewählt. In zum Abitur führenden Bildungsgängen hingegen besteht eine hohe Studierneigung der Schüler/innen. Insgesamt zeigen die Schüler/innen, die eine Hochschulreife an berufsbildenden Schulen anstreben, eine hohe Präferenz zugunsten des aus ihrer Sicht attraktiven dualen Studiums. Zwar beziehen sich die Befunde auf die Schulform Berufskolleg in Nordrhein-Westfalen, die von ihrem Selbstverständnis allgemeine und berufliche Bildung miteinander kombiniert, sie dürften aber in vieler Hinsicht sich auch in anderen Bundesländern als relevant erweisen. Unter anderem folgern die Forscher, dass die vollzeitschulischen dem Erwerb eines höherwertigen Schulabschlusses dienenden und mit berufsbezogenen Inhalten verknüpften Bildungsgänge Teil einer regionalen Fachkräftesicherungsstrategie insofern darstellen können, als sich für die Unternehmen ein großes Potenzial fachlich vorqualifizierter Bewerber/innen sowohl für duale Ausbildungs- als auch Studienplätze ergeben und andererseits Schüler/innen aus MINT-Bildungsgängen oftmals ein einschlägiges Fach studieren möchten.

Die Bundesfachgruppen Kaufmännische und Gewerbliche Schulen sehen die Länder herausgefordert, durch **attraktive Doppelqualifikationen** und entsprechende Ausstattung der berufsbildenden Schulen die **Attraktivität der beruflichen Bildung** zu erhöhen und damit zur Fachkräftesicherung beizutragen.

DGB-Ausbildungsreport 2016

Der [Ausbildungsreport der DGB-Jugend](#) zeichnet ein umfassendes Bild der Situation der dualen Ausbildung in Deutschland. Zwar zeigen sich 71,7 Prozent der Auszubildenden zufrieden, gleichzeitig jedoch werden deutliche Qualitätsmängel abhängig von Branchen, Ausbildungsberufen und Betriebsgrößen deutlich.

So gaben gut 10 % aller Auszubildenden an, immer oder häufig ausbildungsfremde Tätigkeiten leisten zu müssen und gut 8 % der Auszubildenden steht kein/e Ausbilder/in zur Verfügung. Jede/r dritte Auszubildende (34,8 %) muss regelmäßig Überstunden leisten. Fast jede/r zweite Auszubildende im dritten Ausbildungsjahr wusste zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht, ob er/sie im Anschluss an die Ausbildung übernommen wird.

Der diesjährige Schwerpunkt betrachtet psychische Belastungen in der Ausbildung: Während jede/r fünfte Auszubildende über Zeit- oder Leistungsdruck in der Ausbildung klagt,



GEW Hauptvorstand

GEW Hauptvorstand Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter
Ansgar Klinger
069/78973-325
ansgar.klinger@gew.de

Referent
Arnfried Gläser
069/78973-319
arnfried.glaeser@gew.de

Vorstandsteam Bundesfachgruppenausschuss Gewerbliche Schulen

Ralf Becker
06142/838880
r.becker.gew@gmx.de

Dagmar Heinish-Weiser
0331/ 964476
heinish-weiser@t-online.de

Bundesfachgruppenausschuss Kaufmännische Schulen

Martina Hanns
034348/60020
Mart-Lutz@gmx.de

Christina Kunze
030/2159341
kunzmans@t-online.de

Britta Delique
0441/592203
britta@delique.net



GEW Hauptvorstand

fühlt sich die Hälfte der Auszubildenden in mindestens einem abgefragten Bereich (ständige Erreichbarkeit, Probleme mit Kollegen/innen/Vorgesetzten, Lage der Arbeitszeiten/Schichtdienst, lange Fahrzeiten, ...) stark belastet.

Aus Sicht der Bundefachgruppen Kaufmännische und Gewerbliche Schulen stimmt die Einschätzung der fachlichen Qualität des Berufsschulunterrichts besonders bedenklich:



Quelle: DGB-Ausbildungsreport 2016

Gerade einmal 56,7 % der befragten Auszubildenden bewerteten die fachliche Qualität noch als mindestens gut – im Jahr 2009 waren es noch zwei Drittel der Befragten. Die im Ausbildungsreport formulierte Forderung der DGB-Jugend lautet (S. 22f.): „Bereits der Ausbildungsreport 2012 zeigte auf, dass ein Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit der Auszubildenden mit der Berufsschule und deren infrastrukturellen Rahmenbedingungen besteht. Eine zeitgemäße Ausstattung der Berufsschulen mit Unterrichtsmaterial, Schulbüchern, technischen Geräten und Ähnlichem ist ebenso wichtig wie ausreichend Personal, das einen regelmäßigen Berufsschulunterricht in sinnvollen Klassengrößen ermöglicht und damit maßgeblich zum Lernerfolg beiträgt.“ **Die Bundesfachgruppen Kaufmännische und Gewerbliche Schulen sehen im Ausbildungsreport einen Beleg für die langjährigen Forderungen**

an die Länder, die Rahmenbedingungen für das Lernen in den berufsbildenden Schulen nachhaltig zu verbessern.

DGB fordert Berufsschulpakt

Vor dem Hintergrund der „Arbeitswelt 4.0“ fordert der [DGB](#) mehr Investitionen in die Modernisierung und die Qualität von Berufsschulen.

Um die technische Ausstattung zu verbessern, qualifizierten Lehrkräftenachwuchs auszubilden und ein flächendeckendes Berufsschulangebot zu gewährleisten seien Bund und Länder nun zu höheren Investitionen gefordert. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau hat vor Kurzem für den Bereich der allgemein- und berufsbildenden Schulen alleine einen Sanierungsstau in Höhe von 34 Milliarden Euro festgestellt. Auch der Bund und die Wirtschaft vertreten die Forderung eines Modernisierungsprogramms für die Berufsschulen - gemeinsam mit den Industriegewerkschaften und dem DGB bilden sie das Bündnis „[Zukunft der Industrie](#)“.

Die Bundesfachgruppen Kaufmännische und Gewerbliche Schulen befürworten ein Investitionsprogramm vor dem Hintergrund des von ihnen seit Langem aufgezeigten Rückstandes. Sie **stellen fest, dass sich ein solches Programm nicht auf Berufsschulen beschränken, sondern auf die deutschlandweit insgesamt 2.500 bestehenden Berufsbildenden Schulen** als Organisationseinheiten vieler weiterer Teilschulformen **beziehen muss. Ein Pakt für Berufsbildende Schulen muss auch eine fundierte Ausbildungs- und Berufsvorbereitung für die Qualifizierung der Geflüchteten umfassen**, wie es die Bundesfachgruppen schon lange zur Sprache gebracht haben.

**GEW Hauptvorstand
Organisationsbereich
Berufliche Bildung und Weiterbildung**

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter
Ansgar Klinger
069/78973-325
ansgar.klinger@gew.de

Referent
Arnfried Gläser
069/78973-319
arnfried.glaeser@gew.de

**Vorstandsteam
Bundesfachgruppenausschuss
Gewerbliche Schulen**

Ralf Becker
06142/838880
r.becker.gew@gmx.de

Dagmar Heinsch-Weiser
0331/ 964476
heinsch-weiser@t-online.de

**Bundesfachgruppenausschuss
Kaufmännische Schulen**

Martina Hanns
034348/60020
Mart-Lutz@gmx.de

Christina Kunze
030/2159341
kunzmanns@t-online.de

Britta Delique
0441/592203
britta@delique.net